Stadt Hildburghausen

03.08.2010

Beschlussvorlage

Einreicher: Bürgermeister

Beschlusnummer:

167/2010

Amt: Bauamt
Sachbearbeiter: Frau Halbig
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Stadtplanungs- und Bauausschuss	öffentlich	10.08.2010	Ja: 7 Nein: - Enth.: -
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	11.08.2010	Ja: Nein: Enth.:
Stadtrat	öffentlich	25.08.2010	Ja: Nein: Enth.:

Bezeichnung der Vorlage:

2. Abwägungsbeschluss zur Ergänzungssatzung für den Bereich östlicher Ortseingang Pfersdorf, Teilfläche der Grundstücke, Fl.-Nr. 988/5, 1009/1 und 1010, Stadt Hildburghausen

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

1. Der Stadtrat beschließt das 2. Abwägungsprotokoll zur Ergänzungssatzung für den Bereich östlicher Ortseingang Pfersdorf, Teilfläche der Grundstücke Fl.-Nr.: 988/5, 1009/1 und 1010, Stadt Hildburghausen vom 03.08.2010.
Teil A – Stellungnahmen der berührten Träger öffentlicher Belange (Pkt. A 1 bis Pkt. A 17)
Teil B – Stellungnahmen der Bürger (Pkt. B 0)
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen (Teil A des Abwägungsprotokolls) sowie die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen der Bürger (Teil B des Abwägungsprotokolls) hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:

Teil A:

Berücksichtigt wird die Stellungnahme von

1. E-ON Thüringer Energie AG vom 22.06.2010
3. Kabel Deutschland vom 16.06.2010
4. WAVH vom 18.06.2010
5. Fernwasserversorgung Südthüringen vom 16.06.2010
7. Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung vom 12.07.2010

8. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege u. Archäologie, Bau- und Kunstdenkmalpflege vom 14.06.2010
9. Landesamt für Vermessung u. Geoinformation, Katasterbereich Schmalkalden vom 08.07.2010
- 10.1 Landratsamt, Bauamt vom 07.07.2010
- 10.2 Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde vom 07.07.2010
- 10.3 Landratsamt, Immissionsschutzbehörde vom 07.07.2010
- 10.4 Landratsamt, Untere Wasserbehörde vom 07.07.2010
- 10.6 Landratsamt, Straßenverkehrsbehörde vom 21.06.2010
- 10.7 Landratsamt, Untere Denkmalbehörde vom 16.06.2010
- 10.8 Landratsamt, Brandschutz vom 07.07.2010
11. Landratsamt, Gesundheitsamt vom 29.06.2010
12. Verwaltungsgemeinschaft Feldstein vom 22.06.2010
16. Stadt Schleusingen vom 28.06.2010
17. Gemeinde Auengrund vom 26.07.2010

Keine Stellungnahme wurde abgegeben von

2. Deutsche Telekom
18. Gemeinde Straufhain
19. Gemeinde Gleichamberg
20. Gemeinde Veilsdorf

Teilweise berücksichtigt wird die Stellungnahme von

6. Thüringer Landesverwaltungsamt, Ref. 300 vom 12.07.2010

Teil B

Während der einmonatigen Auslegung des Planentwurfs wurden keine Anregungen von Bürgern vorgebracht.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange sowie die Bürger, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Das gesamte Abwägungsprotokoll sowie der Nachweis der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange und Bürger, deren Anregungen nicht oder nur teilweise berücksichtigt wurden, sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:

davon anwesend:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt.

gez.

Bürgermeister

Harzer

167/2010

gez.

zust. Amtsleiter

Olaf Schulz

gez.

Kämmerei

Lissy Carl-Schumann

gez.

Justiziar

Wolfgang Schwarz

Begründung:

Mit Beschluss-Nr.: 265/2009 des Stadtrates wurde in der Sitzung am 17.12.2009 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den Bereich östlicher Ortseingang Pfersdorf, Teilfläche der Grundstücke Fl.-Nr.: 988/5, 1009/1 und 1010, Stadt Hildburghausen beschlossen.

Die Aufstellung der Ergänzungssatzung erfolgte im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB.

Der Entwurf der Ergänzungssatzung wurde mit Beschluss-Nr.: 001/2010 vom 10.02.2010 durch den Stadtrat gebilligt und zur Auslegung bestimmt. (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB).

Der Plan lag für eine Frist von vier Wochen, vom 05.03. bis 09.04.2010 öffentlich aus.

Parallel dazu wurden die berührten Träger öffentlicher Belange (§ 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert und von der öffentlichen Auslegung informiert.

Durch die Träger öffentlicher Belange wurden Hinweise gegeben, die eine Überarbeitung der Ergänzungssatzung erforderlich machten.

Der überarbeitete Entwurf lag erneut verkürzt in der Zeit vom 25.06. bis 17.07.2010 öffentlich aus. Gleichzeitig wurden die Träger öffentlicher Belange erneut am Verfahren beteiligt.

Im Rahmen der Abwägung sind gemäß § 1 Abs. 6 BauGB die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Das Abwägungsergebnis ist den Trägern öffentlicher Belange bzw. den Bürgern mitzuteilen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Abwägungsprotokoll

Verteiler nach der Beschlussfassung:

**Sitzungsdienst
Büro 01
Amt 60
LRA, Bauleitplanung**